

Antrag

der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dr. Gottfried Curio, Martin Hess, Dr. Christian Wirth, Roger Beckamp, René Bochmann, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Dietmar Friedhoff, Steffen Janich, Dr. Malte Kaufmann, Stefan Keuter, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Uwe Schulz und der Fraktion der AfD

Entwicklungspolitische Konditionierung kooperationsunwilliger Staaten im Kontext der Migrationskrise zwischen Weißrussland und der Europäischen Union

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die politische Stabilität der Europäischen Union und Deutschlands wird durch massenhafte illegale Migration gefährdet. Seit 2015 strömen illegale Migranten über verschiedene Migrationsrouten aus Afrika und Asien in die Europäische Union. Zurzeit nehmen illegale Grenzübertritte und deren Versuche vor allem an der polnisch-weißrussischen Grenze und den baltisch-weißrussischen Grenzen in einem auffälligen Ausmaß zu. Die Regierung der Republik Weißrusslands unter Präsident Lukaschenko motiviert Migranten vornehmlich aus dem Nahen und Mittleren Osten über Weißrussland illegal in die Europäische Union einzuwandern, um politischen Druck auf die Europäische Union aufzubauen. Zahlreiche Migranten halten sich deswegen im Grenzgebiet zwischen Weißrussland und Polen auf, um illegal in die Europäische Union einwandern zu können.
2. Wichtige Akteure bei der illegalen Migration aus dem Nahen und Mittleren Osten über Weißrussland in die Europäische Union sind unter anderem Reiseunternehmen und Fluggesellschaften mit Sitz im Nahen und Mittleren Osten, die Direktflüge nach Weißrussland oder Flüge über Istanbul oder Moskau anbieten. Relevante Herkunfts- und Transitländer der Migranten sind Jordanien, der Libanon, der Irak, die Arabischen Emirate, die Türkei, Syrien, Jemen, der Iran und Afghanistan. Das Hauptzielland der Migranten ist dabei sehr häufig Deutschland.
3. Sowohl die Regierung der Republik Weißrussland als auch die der Republik Türkei nutzen illegale Migration aus afrikanischen und asiatischen Staaten als gegen die Europäische Union und Deutschland gerichtete „politische Waffe“* und versuchen, politische Zugeständnisse zu ihren Gunsten zu erzwingen.

* Vgl. <https://de.euronews.com/2021/11/25/migrationsdruck-als-politische-waffe-gegen-die-cu-turkei-marokko-und-jetzt-belarus> und <https://www.welt.de/politik/ausland/plus232491627/Belarus-Migration-als-Waffe-Lukaschenko-probt-die-Methode-Erdogan.html>. Zugriff am 06.01.2022.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die Regierungen Polens, Litauens, Lettlands und Estlands bei der Sicherung der Außengrenzen und beim Migrationsmanagement zu unterstützen;
 2. die Regierungen Griechenlands und Italiens bei der Sicherung der Außengrenzen und beim auf die Rückführung ausgerichteten Migrationsmanagement zu unterstützen;
 3. die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit jenen Herkunfts- und Transitstaaten auszusetzen, die sich bei der Unterbindung der Schleusertätigkeiten ihrer Flug- und Reisegesellschaften unkooperativ zeigen;
 4. in der Europäischen Union darauf hinzuwirken, die multilateralen Entwicklungsleistungen für kooperationsunwillige Herkunfts- und Transitstaaten, die sich bei der Unterbindung der Schleusertätigkeiten ihrer Flug- und Reisegesellschaften unkooperativ zeigen, auszusetzen;
 5. die bilateralen Entwicklungsleistungen für die Republik Türkei maximal zu kürzen;
 6. in der Europäischen Union darauf hinzuwirken, die multilateralen Entwicklungsleistungen für die Republik Türkei maximal zu kürzen;
 7. die bilateralen Entwicklungsleistungen für jene Staaten zu reduzieren oder einzustellen, die sich weigern, ihre illegal in die Europäische Union und speziell nach Deutschland migrierten Staatsbürger zurückzunehmen oder ihnen die für die Remigration notwendigen Dokumente auszustellen.

Berlin, den 11. November 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion